

Betreff:**Senioren Jobvermittlung eine Hilfe für aktive Senioren****Organisationseinheit:**

Dezernat V

50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

02.11.2018

Beratungsfolge

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

01.11.2018

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der FDP-Fraktion vom 11.10.2018 [18-09231] nimmt die Volkshochschule Arbeit und Beruf GmbH (VHS AuB) als Beauftragte der Stadt für Beschäftigungsförderung wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Der VHS AuB ist das Modellprojekt im Landkreis Mainz-Bingen bekannt. Die Einrichtung einer Jobvermittlung für Senioren wird als sehr sinnvoll erachtet, gerade vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels (Fachkräftemangel für AG) und steigender Vitalität der Senioren einerseits, aber auch steigender Bedürftigkeit auf der anderen Seite. In einer aktuellen Untersuchung des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Agentur für Arbeit) geben die Befragten als Grund für die Erwerbstätigkeit überwiegend soziale und persönliche Motive an: Jeweils rund 90 Prozent der erwerbstätigen Rentner haben Spaß bei der Arbeit, brauchen den Kontakt zu anderen Menschen oder wünschen sich weiterhin eine Aufgabe.

Ein bedeutender Teil der Befragten führt allerdings auch finanzielle Gründe für die Erwerbsarbeit an. Das gilt insbesondere für Frauen, die nach eigenen Angaben häufiger als Männer auf einen Hinzuerdienst zur Altersrente angewiesen sind.

Die Erfahrungen in Mainz-Bingen haben gezeigt, dass ein „reines“ Onlineportal zur Jobvermittlung nicht ausreichend ist, vielmehr eine Beratung im Sinne einer passgenauen Vermittlung unumgänglich erscheint. Des Weiteren sollte sich das Angebot nicht an Senioren richten, die noch in der Zuständigkeit der Agentur für Arbeit (§ 38 SGBIII) stehen. Senioren sind in der Regel an Teilzeitjobs für ein paar Stunden in der Woche interessiert, woraus sich ergibt, dass im Wesentlichen die sogenannten 450-Euro-Jobs in Frage kommen. Das IAB fordert daher: Politik und Betriebe sollten mit flexiblen Regelungen günstige Rahmenbedingungen schaffen, damit Erwerbswünsche im Rentenalter besser realisiert werden können. Eine Senioren-Jobvermittlung (ggf. auch erst einmal als Pilotprojekt für 2 Jahre) könnte hierfür ein kommunaler Baustein in Braunschweig sein.

Zu Frage 2:

Für die Einrichtung einer Jobvermittlung für Senioren bei der VHS Arbeit u. Beruf GmbH würden ca. 45.000 € jährlich an Kosten entstehen. Die Kalkulation beinhaltet eine ½ Planstelle, ein Internetportal, einen voll ausgestatteten Arbeitsplatz etc.

Zu Frage 3:

Für eine innovative Großstadt wie Braunschweig ist eine Senioren-Jobvermittlung ein erheblicher Prestigegegewinn. Die umfangreichen Erwerbserfahrungen der Generation 60+ bleiben der Bürgergemeinschaft erhalten und sind ein Beitrag gegen den Fachkräftemangel. Die fiskalischen Entlastungen sind nur schwer zu beziffern. Es könnten ggf. Sozialleistungen eingespart bzw. verringert werden.

Die Agentur für Arbeit in Braunschweig hat zu Frage 2 der Anfrage wie nachfolgend dargestellt geantwortet:

„Die Agenturen für Arbeit bringen Menschen und Arbeit zusammen.
Unsere JOBBÖRSE ist eine selbstbeschreibbare Plattform, die von allen Marktteilnehmern genutzt werden kann.
Ziel ist es, den selbsttätigen Marktausgleich zu unterstützen, die Transparenz des Arbeitsmarktes herzustellen und eine zügige Stellenbesetzung zu gewährleisten.
Die JOBBÖRSE ist ein modernes und zeitgemäßes Jobportal und steht für alle am Arbeitsmarkt Beteiligten kostenfrei zur Verfügung. Benutzergruppenorientiert bietet sie bereits auf der Startseite im nicht angemeldeten Zustand Einstiegsmöglichkeiten in wichtige Prozesse.“

Unter www.jobboerse.arbeitsagentur.de ist bereits auf der Startseite beispielsweise eine Auswahl auf geringfügige Beschäftigungen/Minijobs und auch eine regionale Eingrenzung möglich.

Direkt in der Stadt Braunschweig sind aktuell über 150 Minijobs auf unserer Online-Plattform gelistet.

Senioren haben also dort die Möglichkeit, am Ausgleichsprozess teilzunehmen und sich auf die offenen Stellen bewerben.“

Ergänzung der Verwaltung zu Frage 2:

Ob andere Fördermöglichkeiten in Betracht kommen könnten, müsste im konkreten Fall geprüft werden.

Dr. Arbogast

Anlage/n:

keine